

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	6
Prolog: Zum historischen Ort des deutschen Linksterrorismus	7
I. Die Gewalt als Ab- und Irrweg der 68er-Bewegung	20
«Frontstadt» West-Berlin: Vom 2. Juni 1967 bis zum Internationalen Vietnamkongress	21
Grenzüberschreitungen: Vom Kaufhausbrand zur Baader-Befreiung	27
II. «In Terror und Verbrechen abgetrieben»?	
Die Geburt der ersten «Generation»	38
Das Führungsquartett: Mahler – Baader – Ensslin – Meinhof	40
«Konzept Stadtguerilla»: Theorie und Praxis der «Baader-Meinhof-Gruppe»	47
III. «Ein Krieg von 6 gegen 60 Millionen»?	
Reaktionen von Staat und Gesellschaft (1972–1976)	54
Hungerstreiks und Formierung der zweiten «Generation»	55
Sympathisantendebatte und politische Polarisierung . . .	61
Lorenz-Entführung, Stammheim-Prozess und Anti-Terror-Gesetze	67
IV. «Offensive '77» und Deutscher Herbst in Europa	75
Die Morde von Karlsruhe und Oberursel	76
Schleyer-Entführung und Kaperung der «Landshut» . . .	79
Die «Todesnacht von Stammheim» im internationalen Kontext	85

V. Von der zweiten zur dritten ‹Generation›	90
Nach der ‹Offensive ’77›	91
Letzte Ausfahrt Ost-Berlin	95
Keine Spuren: Die dritte ‹Generation›	98
VI. Mythos RAF	106
Keine Gnade für niemanden? Die ‹Aufarbeitung› des Linksterrorismus in Politik und Gesellschaft	109
Opferbilder – Täterbilder. Die RAF in Kunst, Literatur und Spielfilm	114
Epilog: Linksterrorismus als gescheiterte (deutsche) Selbstbefreiung	122
Literatur	125
Personenregister	127

Abkürzungsverzeichnis

AD	Action Directe
APO	Außerparlamentarische Opposition
B2J	Bewegung 2. Juni
BR	Brigate Rosse (Rote Brigaden)
GRAPO	Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre
K 1	Kommune I
PCI	Partito Comunista Italiano
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
PLO	Palestine Liberation Organization
RAF	Rote Armee Fraktion
RZ	Revolutionäre Zellen
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SPK	Sozialistisches Patientenkollektiv
TW	Tupamaros West-Berlin

Prolog: Zum historischen Ort des deutschen Linksterrorismus

«Selten ist so viel über so wenige geschrieben worden» – so hat der Terrorismusexperte Walter Laqueur schon 1987 die Geschichte der «Roten Armee Fraktion» (RAF) bilanziert. Die Flut der Beiträge ist seitdem nicht abgeebbt. Vor allem die runden Jahrestage des so genannten Deutschen Herbstes erweisen sich als zuverlässig wiederkehrende Höhepunkte des Interesses an einem durchaus sperrigen Gegenstand. Die (Wieder)Aufnahme staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen mutmaßliche RAF-Mitglieder, das Auslaufen gesetzlicher Sperrfristen in den Archiven, aber auch die Aktualität der terroristischen Bedrohung machen die Beschäftigung mit der RAF bis heute sinnvoll. Andererseits kommt bei nicht wenigen der auf dem Buch-, Kunst- oder Medienmarkt lancierten Erzeugnisse der Verdacht auf, ihre Schöpfer könnten lediglich «mit dem Einkaufswagen durch den Geschichtssupermarkt» gefahren sein, wie es der Regisseur Andres Veiel formuliert hat. RAF sells, und zwar nicht selten ohne Rücksichtnahme auf die Würde der 34 Todesopfer und ihrer Angehörigen.

Dieses Buch geht davon aus, dass eine Antwort auf die von Jan Philipp Reemtsma aufgeworfene Frage, «was [es] heißt, die Geschichte der RAF [zu] verstehen», die Gründe miteinschließen muss, warum «so viel über so wenige geschrieben worden» ist. Wie und weshalb konnten die Stadtguerilla-Experimente einer kleinen Minderheit radikalierter «68er» zu einer so großen Herausforderung werden, dass sie nicht nur Generationen von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen beschäftigten, sondern auch eine morbide Faszination entfalteten, die lange über ihr politisches Scheitern hinaus wirksam blieb? Eine erste Erklärung ergibt sich aus dem Befund, dass die RAF im Kontext von mindestens drei Themenkomplexen zu sehen ist, um

deren Deutung bis heute intensiv gerungen wird: 1. der Nachgeschichte des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik, 2. der Geschichte der internationalen 68er-Bewegung und 3. der Geschichte des modernen Terrorismus.

1. Die RAF als Teil der Nachgeschichte des Nationalsozialismus. Die Auseinandersetzung der RAF mit dem Staat, die 1977 kulminierte, wühlte von Anfang an «einen ganzen Bodensatz deutscher Erinnerungen» auf (Gerd Koenen). Trotz des internationalen Hintergrundes sind weder der Verlauf der 68er-Proteste in der Bundesrepublik noch die schrittweise Eskalation der Gewalt seit 1969/70 ohne die NS-Vergangenheit zu erklären. Die zahlreichen personellen Kontinuitäten in den Institutionen wirkten sich dabei allerdings weniger unmittelbar aus, als manchmal vermutet wird. Entscheidend war vielmehr, wie der Nationalsozialismus in der damaligen Öffentlichkeit verhandelt wurde. Im Laufe der 60er Jahre war das Opfernarrativ, das es den Deutschen nach Kriegsende erlaubt hatte, den Zivilisationsbruch des «Dritten Reiches» über den Verweis auf eigene Erfahrungen von Leid und Ungerechtigkeit von sich abzuspalten, in wachsendem Maße unglaubwürdig geworden. Vor allem auf viele Nachgeborene wirkte die Erkenntnis von der Dimension der deutschen Verbrechen und der Zahl der daran Beteiligten als ein Schock, der sich wie ein Wahrnehmungsfilter vor die Wirklichkeit schob. Durch diesen Filter wurde nicht nur die Autorität der akademischen Lehrer fragwürdig. Der «Muff von tausend Jahren» schien die Legitimität der politischen Ordnung insgesamt zu vergiften. Für viele Jüngere stellte sich zudem mit ungeahnter Dringlichkeit die Frage nach der eigenen Mitverantwortung für das politische Geschehen der Gegenwart. Innenpolitisch erregten die Notstandsgesetze Besorgnis, mit denen die seit 1966 amtierende Große Koalition für den Ausnahmezustand vorsorgen wollte; ein Vorhaben, das vielen wie eine Neuauflage des «Ermächtigungsgesetzes» erschien. Außenpolitisch verstörte die Brutalität des Krieges, den die USA als Führungsmacht des Westens im Namen des Antikommunismus gegen das kleine Nordvietnam führten. Jenseits von Angst und Abscheu

entwickelte sich bei den Vordenkern der Studentenbewegung im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) aber auch ein feines Gespür für das Potential, das dem NS-Thema als politischer Waffe und Instrument der Selbstdarstellung innewohnte. Dazu trug nicht zuletzt die Empfindlichkeit bei, mit der manche Vertreter des ›Establishments‹ auf die Provokationen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) reagierten. Die Älteren beriefen sich ebenfalls auf vermeintliche Lehren der Vergangenheit, wenn sie forderten, ›den Anfängen zu wehren‹ und gegen den studentischen ›Terror‹ hart durchzugreifen. Zusätzlich befeuert wurden diese Konflikte durch gezielte vergangenheitspolitische Kampagnen der DDR. In West-Berlin führte ein übersteigerter, sich drastisch von der Nachsicht gegenüber ehemaligen NS-Tätern abhebender Antikommunismus sogar dazu, dass der Verfassungsschutz die radikalsten Elemente der linken Szene gezielt zu kriminalisieren versuchte. Auch staatliche Regelverletzungen haben mithin dazu beigetragen, dass sich die in Teilen der Bewegung angelegte Gewalteskalation am Ende nicht mehr vollständig einhegen ließ.

Die historisch bedingte symbolische Überfrachtung des Geschehens potenzierte sich, sobald Gewalt im Spiel war. Am 2. Juni 1967 sahen sich die Teilnehmer einer West-Berliner Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien mit massiver Brutalität der Ordnungskräfte konfrontiert, die in der Tötung des Studenten Benno Ohnesorg gipfelte. Erst Jahrzehnte später wurde der verantwortliche Polizeibeamte als Mitarbeiter der Ostberliner Staatssicherheit enttarnt. Zeitgenössisch schien sich für weite Teile der Protestbewegung eine Re-Faschisierung der Bundesrepublik anzukündigen, deren erstes Opfer die APO sein würde. Ein Teil der antiautoritären Fraktion innerhalb des SDS, allen voran Rudi Dutschke, sah in einer solchen Zuspitzung allerdings mehr Chancen als Gefahren. In martialischen, wenn auch stets stark verklauusulierten Worten warb Dutschke intern für eine Forcierung der gezielten Regelverletzungen, die nun auch ›Gewalt gegen Sachen‹ einschließen sollten. Damit sollten Reaktionen des ›Systems‹ provoziert werden, die der Bevölkerung über dessen ›wahren‹, sprich ›faschistischen‹ Cha-

rakter die Augen öffnen würden. Es waren Randfiguren der West-Berliner Szene, die sich mit einer Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern unversehens an die Spitze der radikalen Strömungen setzten, unter ihnen Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Obwohl ihre Richter mit einem Strafmaß von drei Jahren Haft am unteren Rand des für menschengefährdende Brandstiftung gesetzlich Vorgesehenen blieben, bestärkte ihr «Terror-Urteil» (Bernward Vesper) auf der radikalen Linken die Fama von den Tätern als mutigen Herausforderern eines Staates, der aus der Vergangenheit nichts gelernt zu haben schien. Das schien auch Ulrike Meinhof so zu sehen, eine der wenigen profilierten Frauen im damaligen Journalismus. Die moralische Glaubwürdigkeit, die sich Meinhof als Kritikerin «deutscher Verhältnisse» erworben hatte, erwies sich als das wertvollste Startkapital der späteren RAF. Dass mit Willy Brandt kurz vor der Formierung der Gruppe ein ehemaliger Gegner des NS-Regimes das Amt des Bundeskanzlers übernommen hatte, vermochte ihre Überzeugung von der Legitimität des gewaltsamen «Widerstands» gegen die BRD und ihre amerikanische Schutzmacht nicht mehr zu erschüttern. Wie zuvor bereits die «Tupamaros West-Berlin» (TW), eine verwandte Gruppe um das Kommune 1-Mitglied Dieter Kunzelmann, hatte die RAF bei den palästinensischen Todfeinden Israels ihre militärische Ausbildung absolviert. Gegen historisch bedingte Skrupel hatte man sich ideologisch selbst imprägniert, indem die Juden nicht mehr als Opfer betrachtet, sondern zu Komplizen des US-Imperialismus erklärt wurden.

In den folgenden Jahren musste allerdings immer weniger die internationale Politik als vielmehr die Verfolgung der RAF selbst als Beweis für den verbrecherischen Charakter des westlichen Systems herhalten. So wurden Polizei und Justiz vorzugsweise mit einem Vokabular und in einer Bildsprache beschrieben, die man direkt aus dem Fundus des «Dritten Reichs» bezog. Es handelte sich um eine Strategie der gezielten Selbstviktimisierung, die vor allem nach der Inhaftierung der Gründungsmitglieder erstaunlich gut verfiel. Paradoxiertweise liegt deshalb in der frühen polizeilichen Zerschlagung der Gruppe auch ihre

Langlebigkeit begründet. Durch den Filter der deutschen Vergangenheit entwickelten die von den Anwälten verbreiteten Berichte über ›Vernichtungshaft‹ und ›Isolationsfolter‹ einen höchst suggestiven Sog. Der nicht verhinderte Kollektivselbstmord der RAF-Gründer in der JVA Stuttgart-Stammheim verschaffte schließlich noch den Mitgliedern einer zweiten und dritten ›Generation‹ die Gelegenheit, mit dem Mythos vom ewig gleichen deutschen Mörderstaat im europäischen Ausland um jene Mitkämpfer zu werben, die sich in der Bundesrepublik kaum mehr finden wollten. Noch die Auflösungserklärung der RAF von 1998 rechtfertigte den Kampf gegen den Staat damit, dass dieser «mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen» und «die gleichen Reaktionsmuster» an den Tag gelegt habe, «in denen schon die Nazis handelten».

2. Die RAF als Teil der Geschichte des globalen ›1968‹. Zwar ging die RAF erst in den 80er Jahren regelrechte Kooperationen mit Organisationen jenseits der deutschen Landesgrenzen ein. Dennoch kann der «Baader-Meinhof-Komplex» (Stefan Aust) nur um den Preis massiver Verkürzungen als rein deutsche Geschichte erzählt werden. Schon die Selbstbezeichnung als ›Rote Armee *Fraktion*‹ ist ein Hinweis auf das internationalistische Selbstverständnis der Gruppe, das auch für die soziale Bewegung charakteristisch war, aus der sie hervorging. Zunächst ist festzuhalten, dass der Boden für die antiimperialistischen Weltdeutungen und aktionistischen Handlungsmodelle, die um 1968 als Kennzeichen einer Neuen Linken in der westlichen Welt zirkulierten und später in die Rechtfertigungsschreiben der RAF eingingen, unterschiedlich fruchtbar war. Anders als konservative Beobachter vermuteten, war die deutsche Studentenbewegung keineswegs besonders radikal oder gewaltaffin. Gerade wegen der erinnerungskulturellen Besonderheiten war Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung mit einem hohen Tabu belegt. Die deutschen ›68er‹ durchbrachen dieses Tabu im Allgemeinen nur rein symbolisch, indem sie die frei flottierenden Bilder und Texte der imaginierten Weltrevolution in den heimischen Kontext transferierten, wo sie irritierende Fremd-

körper darstellten. Die Gewalthaftigkeit der am meisten gelesenen Pamphlete aus der Feder Frantz Fanons («Von der Gewalt») und Che Guevaras («Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam») irritiert dabei bis heute. Ihre Anziehungskraft im studentischen Milieu der westlichen Industriestaaten ergab sich nicht nur aus der Faszination des Exotischen, sondern aus der Provokation, die mit den Begriffen und Symbolen der Revolte zu erzielen war. Die Radikalität der Texte war aber auch ein Spiegel der Gewalthaftigkeit, die man auf die Gegenseite projizierte. Die Unterdrückung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Rechtfertigung der massenhaften Folter gegen Mitglieder der algerischen Befreiungsbewegung in Frankreich, der schmutzige Krieg der westlichen Geheimdienste in Afrika und Lateinamerika, die nach dem Sechs-Tage-Krieg noch auswegloser erscheinende Situation der Palästinenser im Nahen Osten – zusammengekommen sprach alles das der offiziellen Rhetorik des Kalten Krieges, die das Böse allein auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs verortete, für viele nur allzu offensichtlich Hohn. Dazu kam die polizeiliche Repression der Revolte selbst, die sich ja überall in erster Linie an der unverhältnismäßigen Grausamkeit des Vietnamkriegs entzündet hatte.

«1968» war von unterschiedlicher Dauer. Überall aber zerbrach die Handlungseinheit der heterogenen, im Kern vor allem antiautoritären Bewegung an der Gewaltfrage. Das war kein Zufall, denn der innere Motor dieser zu Recht als «romantisch» charakterisierten Jugendbewegung war die Frage gewesen, auf welche Weise sich eine gewalttätige Welt zum Besseren verändern ließ. Auf der Suche nach einer Antwort war fast zwangsläufig auch die Gewaltoption erwogen worden, wie sie zuvor in Fidel Castros Kuba und Mao Tse-tungs China mit offensichtlichem Erfolg gegen die Dominanz der Amerikaner angewendet worden war. Die dort entstandenen Handlungsanleitungen für den Guerillakrieg fanden in fast allen westlichen Ländern Adepten, die sie mit den jeweils vorgefundenen sozialrevolutionären Traditionen verknüpften und an die Gegebenheiten vor Ort anzupassen versuchten. Besonders elektrisierend wirkte die Botschaft, dass es allein dank der Bereitschaft einer kleinen Gruppe

entschlossener Kämpfer gelingen könne, die ersehnte Revolution herbeizuführen. So lehrte es allen voran Che Guevaras Fokus-Theorie, und dass ihr Schöpfer selbst im Oktober 1967 im bolivianischen Dschungel ermordet wurde, reichte nicht aus, um sein Erbe zu diskreditieren. Im Gegenteil – Fidel Castros Diktum, die «Pflicht jedes Revolutionärs» sei es, «die Revolution zu machen», entwickelte erst unter dem Eindruck von «Ches» «Märtyrertod» die entscheidende Zugkraft. Für wie viele «68er» ihre Revolutions- auch mit Gewaltphantasien einhergingen, muss Spekulation bleiben. Die allermeisten folgten jedoch dem originären Impuls der Bewegung und identifizierten sich weiterhin mit den Opfern eines «Systems», gegen das der Einsatz von «Gegengewalt» zwar im Prinzip geboten schien, praktisch aber schon wegen mangelnder Erfolgsaussichten nicht in Frage kam. Die Ernüchterung, die dem rauschhaften Aufbruch unweigerlich folgte, scheint sich jedoch bei nicht wenigen Aktiven mit dem Gefühl vermengt zu haben, sich einer theoretisch akzeptierten Pflicht zur Revolution allein aufgrund von charakterlichen Defiziten entzogen zu haben. Die «repressive Toleranz» der spät-kapitalistischen Gesellschaft, die Herbert Marcuse als wichtigster intellektueller Mentor der aufbegehrenden Studenten so suggestiv beschrieben hatte, schien auch seine Anhänger am Ende korrumpiert zu haben – jedenfalls in ihrem eigenen Empfinden. Die latenten Schuldgefühle ließen so manchen gegenüber den sich jetzt formierenden terroristischen Gruppen in die Solidarisierungsfalle tappen. Zugleich hinderten sie viele daran, die psychischen und physischen Folgen dieses Terrorismus wirklich ernst zu nehmen. Nur staatliche Gewalt hinterließ Opfer.

Nicht nur die 68er-Bewegung war das Resultat transnationaler Transferprozesse. Dasselbe gilt auch für ihre gewaltsame Nachgeschichte. Die Texte und Bilder aus exotischen Kontexten waren dabei für den Schritt von der imaginierten in die wirkliche Gewalt ebenso von Bedeutung wie die persönlichen Kontakte, die sich in der Hochphase der Mobilisierung zwischen europäischen Akteuren ergeben hatten. Für die späteren Protagonisten des deutschen Linksterrorismus wurde nach dem Abebben der Proteste in der Bundesrepublik das traditionelle Seh-

suchtsland der Deutschen zum Traumland der Revolution: Italien. Südlich der Alpen erreichte die Revolte erst 1969 ihren Höhepunkt, was den Tatendurst der deutschen Revolutionstouristen weiter schürte. Die wütende Distanzierung von ihrer eigenen nationalen Zugehörigkeit, die die Kaufhausbrandstifter mit ihrer Tat zum Ausdruck gebracht hatten, erwies sich im Land des «Resistenza-Mythos» (Lutz Klinkhammer) als eine Art moralisches Negativkapital, dessen sie sich in der späteren Haftzeit gezielt bedienten. Früh hatten sich auch persönliche Verbindungen zu den späteren Brigade Rosse (BR) ergeben. Die widersprüchlichen Gefühle gegenseitiger Solidarität und Rivalität begleiteten die Organisationen nicht nur bis in die Kooperation der 80er Jahre. Sie bildeten auch ein geheimes Band, das die wenige Monate auseinanderliegenden Entführungen des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und des mehrfachen italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro miteinander verknüpfte. Die Konkurrenz der gewaltbereiten Gruppen und Personen, die bereits im nationalen Kontext die Eskalation befördert hatte, zeigte auch auf europäischer Ebene ihre Wirkung.

Die RAF knüpfte zwar an die Themen, Parolen und Forderungen des Protestgeschehens von <1968> an, pervertierte diese aber zugleich und trug so zu ihrer nachhaltigen Diskreditierung bei. Aus heutiger Warte ist eine Dämonisierung der <68er> ebenso unangebracht wie ihre Idealisierung. Überhaupt sollte ihr Einfluss nicht überschätzt werden: Weder geriet eine ganze Generation in Bewegung, noch war nach <1968> plötzlich alles anders. Das wichtigste langfristige Erbe des Protests liegt in den neuen sozialen Bewegungen, zumal der Frauenbewegung. Deren programmatische Gewaltlosigkeit schützte sie indes nicht davor, dass mancher in der vergleichsweise hohen Zahl weiblicher Terroristinnen einen «Exzeß der Befreiung der Frau» (Günther Nollau) zu erkennen glaubte.

3. Die RAF als Teil einer Geschichte des modernen Terrorismus. Wie lässt sich Terrorismus aus historischer Perspektive angemessen verstehen? Inwiefern war die RAF eine terroristische Vereini-

gung? Was verband sie mit ihren Vorläufern und Parallelorganisationen, was mit heutigen Terroristen und ihrer allem Anschein nach blinden, allein auf möglichst hohe Opferzahlen ausgerichteten Gewalt? Die RAF-Spitze selbst wies die Zuschreibung 1976 «als Begriff aus dem Arsenal der psychologischen Kriegführung» zurück. Weder sei die «Stadtguerilla (...) als politisches Konzept Terrorismus», noch sei «ihre Aktion in der historischen und militärtaktischen Bedeutung unter den Begriff des Terrorismus zu fassen». Das ist kein Zufall, denn «Terrorismus» funktioniert seit dem frühen 20. Jahrhundert als politischer Ausschließungsbegriff, mit dem derjenige belegt wird, dessen Anliegen als nicht (mehr) verhandelbar gilt. Um terroristische Gewalt als spezifische Praxis von anderen Gewaltformen abzugrenzen, kommt es aber weder darauf an, ob eine Gruppe sich selbst «terroristisch» nennt, noch ob sie von anderen so bezeichnet wird. Noch weniger sollte sich die Analyse von Sympathie oder Antipathie für die politischen Ziele leiten lassen, mit denen terroristische Praktiken von ihren Urhebern gerechtfertigt werden. Gegenüber Bekennerschreibern und ihren mündlichen Varianten ist Skepsis angebracht, denn mit den vorgebrachten Begründungen sind keineswegs auch schon die tatsächlichen Gründe für das jeweilige Tun benannt. Terroristische Propaganda neigt dazu, die unterschiedlichen Motive, eine terroristische Vereinigung zu gründen, ihr beizutreten und sich aktiv in ihr zu betätigen, ideologisch gleichzeitig einzuebnen und stillzustellen. In Wirklichkeit handelt es sich um dynamische Prozesse, die durch die Selbstdeklarationen der Protagonisten nur unzureichend zu erfassen sind. Ebenso wenig sollte man ihren Handlungen im Nachhinein eine zu starke Zweckrationalität unterstellen. Sinnvoller ist eine Beschreibung der historischen Konstellationen, aus denen unter bestimmten Bedingungen Terrorismus erwachsen *konnte*, nicht musste.

Beachtet man diese Vorsichtsmaßnahmen, gibt es keinen Grund, vor der vermeintlich unüberwindlichen politischen Sprengkraft des Terrorismus-Begriffes zu kapitulieren und ihn etwa ganz aus dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch zu streichen, wie

manchmal gefordert wird. Im Gegenteil: Eine sachliche Klärung der grassierenden Begriffsverwirrung ist dringend geboten. Es gibt in der Forschung auch längst einen Grundkonsens in der politisch nach wie vor umkämpften Definitionsfrage. So hat sich vor allem der Vorschlag des Soziologen Peter Waldmann bewährt, der unter Terrorismus «planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund» versteht, «die vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen» sollen. Nach dieser Definition ist die RAF spätestens seit den sechs Anschlägen der «Mai-Offensive» im Frühjahr 1972 mit ihren vier Toten und 74 Verletzten als terroristische Organisation zu betrachten.

Dass Waldmann staatlichen Terror aus der Definition ausklammert, sollte nicht irritieren. Der Grund ist nicht Geringschätzung oder gar eine per se gegebene höhere Rechtmäßigkeit der vom Staat ausgehenden Gewalt. Im Gegenteil weist Waldmann gerade darauf hin, dass sich staatlicher Terror stets ungleich zerstörerischer ausgewirkt hat als Terrorismus. Dies gilt bereits für die Spätphase der Französischen Revolution, die als «Terreur» begriffsprägend gewirkt hat, aber auch für bestimmte Formen kolonialer Herrschaft sowie allen voran für das stalinistische und das nationalsozialistische Terrorregime. Terrorismus als Mittel der Selbstermächtigung vergleichsweise schwacher Akteure folgt dagegen einer ganz anderen Logik. Wie an der Geschichte der RAF zu zeigen ist, kann sich bereits aus der asymmetrischen Konfliktkonstellation als solcher für den eigentlich Unterlegenen eine erste Legitimitätsressource ergeben. Wenn terroristische Gewalt dennoch als moralisch inakzeptabel gilt, so liegt das daran, dass Terroristen sich die physische und psychische Verwundbarkeit ihrer Opfer demonstrativ zunutze machen und sie gleichzeitig als Menschen vernichten, indem sie sie einem vermeintlich höheren Zweck unterwerfen, der nicht ihr eigener ist. Die terroristische Tat entspringt dabei prinzipiell einem Akt der «Willkür». Dabei ist es zunächst unerheblich, ob es sich bei den Opfern wie im 19. Jahrhundert um gekrönte Häupter, wie im 20. um Repräsentanten des imperia-